

12.38

**Staatssekretär im Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und**

**Wirtschaft Mag. Dr. Harald Mahrer:** Sehr geehrter Präsident! Geschätzte Damen und Herren Bundesräte! Gestatten Sie mir schon ein paar grundsätzliche Worte, bevor wir in eine planwirtschaftliche Überregulierungsdebatte abgleiten! Es handelt sich um den EU-Vorhabensbericht, der den Verwaltungsbereich Wirtschaft unseres Hauses betrifft.

Das heißt, ich gehe davon aus, dass Sie ihn alle im Detail gelesen haben. Es geht im Konkreten darum, wie unser Haus im Wirtschaftsbereich mit den Detailvorhaben auf europäischer Ebene, und zwar Kommission, Rat und Parlament, umgeht. Manche werden im Dialogverfahren durchgeführt, andere sind allein Vorhaben der Kommission, respektive der naheliegenden Institutionen der Europäischen Union. EFSI und EIB sind angesprochen worden. In Verbindung damit steht, welche Projekte gemeinsam angegangen werden, welche Auswirkungen Projekte auf europäischer Ebene, auf die österreichische Ebene und damit auf die Landes- und zum Teil regionale und kommunale Ebene haben.

Das ist sehr detailliert aufgeführt. Die Hauptbereiche sind Ihnen klar. Es ist ein strategisches Infrastrukturinvestment, und der EFSI ist – noch einmal zum Festhalten – kein Förderinstrument, er ist ein Finanzierungsinstrument, als Ersatzfinanzierungsinstrument für durchaus schwierige Finanzierungssituation in unterschiedlichen Ländern der Europäischen Union, vor allem im Bereich riskanterer Infrastrukturinvestments. Das war die Idee des Juncker-Fonds, nämlich nicht zu sagen, wir machen einen Zauberfonds. Ich habe das am Anfang – es ist bekannt – öffentlich, auch auf europäischer Ebene im Rat gesagt: Wir sollten durchaus einmal kritisch sehen, was das bringt!, denn man geht dort ja von einer Multiplikatorwirkung aus. Also die gesamtinvestive Wirkung – weil es ein Investitionsinstrument, Finanzierungsinstrument ist – ist ja nur dann zu erzielen, wenn Private in unterschiedlichen Modellen, da gibt es unterschiedliche Klassen, auch mitmachen.

Kommissionsvizepräsident Katainen hat das damals bei uns im Rat vorgestellt. Es gab damals im Winter 2014 auch eine intensive Debatte darüber, und jetzt ist man in den unterschiedlichen Formen der Ausrollung. Je nach Finanzierungssituation in den unterschiedlichen Mitgliedstaaten zu unterschiedlichen Projekten versuchen natürlich die Mitgliedstaaten berechtigterweise dort Projekte anzuschieben, und da geht es gar nicht darum, ob die besonders nachhaltig sind – ja oder nein –, sondern es geht darum, Projekte anzuschieben, die vielleicht sonst schwierig zu finanzieren wären.

Ja, natürlich gibt es auch in den Kriterien einen speziellen Fokus auf besondere Projekte, die zum Beispiel im Bereich Alternativenergie und im strategischen Fokus der Europäischen Union in Summe dazu führen sollen – und Sie haben die Frage des Wachstums angesprochen –, Europa in Wirklichkeit weiterzuentwickeln, nicht wachsen zu lassen, sondern zu entwickeln. Es geht um einen gesellschaftspolitischen, wirtschaftspolitischen Entwicklungsschritt, gar nicht um einen Wachstumsschritt. Es wird gesagt: Okay, wir wenden uns dem Bereich neue Technologien zu, wir versuchen der Herausforderung Digitalisierung gerecht zu werden, und wir versuchen auch einen gewissen Bereich in die Energiewende abzuschieben. Dazu gehört aber noch etwas. Sie wissen, dass in Deutschland ein meiner persönlichen Meinung nach sinnvoller Beschluss gefasst worden ist, nämlich aus dem Bereich Atomstrom auszusteigen, aber Sie wissen genauso, dass man für den Ausbau der erneuerbaren Energien auch den Leitungsnetzausbau braucht.

Im Übrigen braucht es den auch bei uns, wenn man im üppigen Sinne erneuerbare Energien möchte, egal, wie man die Smart Grids in Zukunft sehen mag. Von den Tausend-Dächer-Strategien im Bereich der Fotovoltaik über Windkraftparks – da kann man jetzt zu den Windrädern stehen wie man will –: Wenn man noch mehr erneuerbare Energie haben will, und da sind wir in Österreich auf einem sehr guten Weg, dann braucht es auch das Leitungsnetz dazu. Da hilft es auch nicht, im Breitbandbereich einen Server hinzustellen, wenn man keinen Hochleistungszugang hat. Das Netz ist wichtig, und die Netze wachsen in Zukunft zusammen; und in dieser Zukunft reden wir ja von integrierten Netzen. Daher muss man diese Dinge bei so einer Debatte bitte immer differenziert sehen. Ich würde mir eine differenzierte Betrachtung wünschen.

Auch, Herr Kollege Schennach, wünsche ich mir eine differenzierte Betrachtung in der Frage: Was passiert mit den Arbeitsplätzen? – Arbeitsplätze sind uns wohl **allen** hier, in der Bundesregierung, den Koalitionsparteien, den Oppositionsparteien, in Nationalrat und Bundesrat, ein Riesenanliegen, denn am Ende des Tages ist die entscheidende Frage: Haben die Menschen in diesem Land eine Beschäftigung, ein **faïres** Arbeitseinkommen, von dem sie leben können? Uns allen hier ist lieber, die Menschen haben ein Arbeitseinkommen, als sie haben keines.

Wir werden diese kritische Debatte in den nächsten Monaten sicher intensiv führen, wie denn der Unterschied zwischen dem Arbeitseinkommen und dem Arbeitsloseneinkommen ist und welche Leistungsanreize es gibt, aber wir müssen ein klares Bekenntnis für ein Arbeitseinkommen, von dem man würdevoll leben kann und womit es sich sogar auszahlt, zu arbeiten, mit dem ewigen Anspruch, den auch ich

sofort unterschreibe, mehr Netto vom Brutto zu haben, ablegen Das gilt für den kleinen Selbständigen genauso – egal, in welcher Branche – wie für einen Großunternehmer und natürlich auch für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Was wir dafür aber nicht machen können – und da widerspreche ich Ihnen massiv –, ist, eine Regulierung zu schaffen, wie viele Kassenmitarbeiterinnen und Kassenmitarbeiter es in einem Geschäft geben soll. Das entscheiden doch die Kundinnen und Kunden. (*Zwischenruf des Bundesrates Beer.*)

Wir hätten da ja vor 70, 80 Jahren sagen müssen: Niemand darf eine Waschmaschine kaufen, oder nur jeder zweite oder nur jeder zehnte Haushalt darf eine Waschmaschine kaufen, weil wir die Jobs der Wäschermädel erhalten wollen. Oder wir geben staatlich vor, dass an jedem Hauseck ein Zeitungsverkäufer stehen muss, damit sich nicht jeder ein Radio und einen Fernseher kauft. Das hätten wir vor 70 Jahren auch machen können, aber es wäre falsch gewesen.

Haben wir Vertrauen in unsere eigenen Strategien, zum Beispiel in die Strategie des Infrastrukturressorts, im Bereich Industrie 4.0, denn da weiß ich, dass die letzten Minister, aber vor allem die dort federführenden Köpfe in Zusammenarbeit mit der Industrie, aber auch mit den Vertreterinnen und Vertretern der Gewerkschaft bislang sehr kluge Programme auf den Weg bringen, wie man die Betriebe erfolgreich in die Digitalisierung begleitet, die auch begleitet werden müssen! Es ist ein globaler Trend, der auch vor Österreich nicht haltmacht, und davor können wir unsere Grenzen nicht abschotten, dass alle physischen Daten, die da sind, digitalisiert werden.

Alles, was im Bereich der Sensorik vernetzt werden kann, wird vernetzt, und daher wird auch alles automatisiert, ob wir wollen oder nicht – und das lässt sich auch in Österreich allein mit einer gesetzlichen Regelung nicht behindern. Da müssten wir den Kopf in den Sand stecken und eine Vogel-Strauß-Strategie fahren. Da sind wir als kleine exportorientierte Volkswirtschaft verloren. Sie haben ja gesagt, der Export ist wichtig. (*Bundesrat Schennach: Nur werden wir zu Hunderttausenden unbezahlten ehrenamtlichen Mitarbeitern ...!*) – Nein, natürlich **nicht!** (*Bundesrat Schennach: Das sind wir ja jetzt schon!*) Wir haben den technologischen Wandel in drei industriellen Revolutionen erfolgreich gemeistert. Österreich war vor dem Ersten Weltkrieg das Land im Rahmen der Gründerzeit, das in Kontinentaleuropa ganz vorne mit dabei war. (*Zwischenruf des Bundesrates Tiefnig.*)

Es ist uns gemeinsam gelungen – das ist sogar eine gemeinsame Errungenschaft der Sozialdemokratie und der Christlichsozialen –, dass Zustände, wie es sie bei den Ziegelerarbeitern am Wienerberg gegeben hat, abgeschafft wurden. Da war Österreich

Vorreiter. Da haben aber dann damals im Rahmen der Automatisierung, der ersten Automatisierungsschritte, der ersten industriellen Schritte in den 1880er, 1890er Jahren und zu Beginn des 20. Jahrhunderts auch viele Menschen ihren Job verloren und sind in andere Jobs gegangen. Das ist struktureller Wandel, das ist Alltag. Wir müssen diesen Wandel gemeinsam begleiten und den Leuten Mut und nicht Angst machen, ihnen Hilfe geben und sie nicht alleine lassen. Das ist unsere gemeinsame wirtschaftspolitische Aufgabe, wenn wir neue Jobs schaffen wollen, und das werden neue Rollenprofile sein.

Denken Sie an den großen Bereich, der sich ergibt, weil die Bevölkerung älter wird. Das ist ein Riesemarkt, der sich dort anbietet, nicht nur in der Pflege allein, sondern in Summe. Da entstehen viele neue Jobs, und wir werden auch viele neue Jobs im Bereich der gesamten sozialen Innovation haben, im Bereich der gesamten Innovationen im Umweltbereich, ich denke da jetzt an das Übereinkommen von Paris.

Damit komme ich gleich zum nächsten Punkt, nämlich Umwelt und Energie, der hier angesprochen worden ist. Natürlich reflektieren manche der Vorhaben auf europäischer Ebene noch nicht genügend auf die neuen Vereinbarungen.

Wir in Österreich haben sofort gesagt: Wir fahren eine integrierte Klima- und Energiestrategie. Wir legen dazu in den nächsten Tagen und Wochen auch ein Grünbuch vor, es wird einen breiten Stakeholder-Prozess geben, und dann wird das mit allen Stakeholdern im Detail debattiert.

Wir in Österreich werden dann auch weiterhin, denn wir sind bereits jetzt ein Vorreiterland in diesem Bereich, **das** Land in Europa bleiben, das mit einer Fackel vorausgehen, anderen Ländern den Weg weisen und sagen wird: Das ist ein Weg in eine vernünftige, nachhaltige, energetische Zukunft, in der wir im Sinne einer ökosozialen Marktwirtschaft auch extrem verantwortungsvoll auf die Bedürfnisse der Umwelt und eine nachhaltige Perspektive eingehen werden.

Glauben Sie mir, das kann ich Ihnen blind unterschreiben, denn wir sind zutiefst davon überzeugt, dass das notwendig und wichtig ist. Sie wissen, wir sind im Rahmen der Union eines der Länder, das konsequent gegen einen Atomenergiekurs anderer Länder auftritt. Wir sind fast das gallische Dorf in manchen EU-Räten. Das machen wir konsequenterweise und aus tiefer persönlicher Überzeugung aller politischen Verantwortungsträger in diesem Land über die Parteigrenzen hinweg, und da gilt es auch, gemeinsam an einem Strang zu ziehen.

Lassen Sie mich noch einen dritten Punkt ansprechen, der in dem Vorhabensbericht auch erwähnt wird, wobei es aber einige aktuelle Neuerungen auf Ratsebene und auf

europäischer Ebene gibt: Die Digitalisierung ist tatsächlich – da ist die Frage des Binnenmarkts, dessen Vertiefung und die Vermutung, dass da zu wenig passiert, angesprochen worden – das große Um und Auf, das ist der Riesentreiber, der unser Land und die Union in den nächsten Jahren noch massiv beschäftigen wird.

Ich kann Ihnen versichern, dass mit den 28 Einzelregelungen, die wir auf unterschiedlichem Niveau haben, unsere Unternehmen mit ihren fleißigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in keiner Art und Weise auf dem internationalen Markt erfolgreich sein werden. Wir schaffen es nicht einmal, erfolgreich von Österreich nach Deutschland zu gehen, weil die Regelungen unterschiedlich sind, geschweige denn ein Holländer nach Belgien. Das ist den Menschen, die in Singapur, in Hongkong, in Israel, in Südkorea, in Japan tätig sind, vollkommen egal. Der Markt im Digitalbereich ist aber global. Die entwickeln derweil ihre Produkte, ihre gesamten innovativen Wirtschaftssysteme, und wir schlafen in der Pendeluhr, weil wir dort zu langsam sind. (*Bundesrat **Tiefnig** – zustimmend nickend –: Ja!*)

Ich begrüße ausdrücklich und explizit – und das möchte ich hier erwähnen – die Initiative von Kommissar Oettinger, der sagt: Wir stellen 500 Millionen € für die Etablierung digitaler Innovationsnetzwerke in allen Mitgliedstaaten zur Verfügung, um es vor allem den Kleinst- und Kleinbetrieben zu ermöglichen, möglichst schnell ihre Geschäftsmodelle dem Digitalbereich anzupassen. Das ist für Österreich besonders wichtig – da passiert schon sehr viel, aber trotzdem immer noch zu wenig und zu langsam –, weil ja das Hauptrückgrat unserer Wirtschaftsstruktur die Kleinsten und die Kleinen sind.

Wir haben ja nicht 100 Prozent Industriebetriebe. Ja, wir haben die Industrie als Rückgrat mit sehr vielen Headquarterbetrieben, aber die große Mehrzahl unserer Betriebe in den Regionen und Bundesländern – Sie wissen das als Abgeordnete aus den Ländern zum Teil viel, viel besser als ich – sind Kleinst- und Kleinbetriebe; und denen müssen wir das Potenzial und die Möglichkeit eröffnen, auch den Anschluss im Bereich der Digitalisierung zu schaffen.

Und da gibt es vonseiten der Europäischen Kommission auf unseren expliziten Wunsch hin – und Österreich ist da federführend mit dabei, die Prototypen zu entwickeln, wir werden das auch in zwei Wochen beim Rat vorstellen – ein Programm, das sich genau auf diese Herausforderung bezieht.

Glauben Sie mir also: Wir schlafen nicht in der Pendeluhr. In diesen Fragen sind wir ganz vorne mit dabei, Österreich ist dort sogar federführender Taktgeber, weil wir wissen, wie wichtig das für die österreichische Volkswirtschaft ist.

Herr Kollege Schennach, ich gebe Ihnen recht: Es geht um diese Jobs (*Bundesrat Schennach nickt*), aber ich werbe dafür ein, dass wir den Menschen Mut machen und schauen, dass wir möglichst schnell möglichst viele neue Rollenprofile definieren und neu in diese unterschiedlichen Richtungen gehen, dass wir unsere Energie und Aufmerksamkeit und Fördergelder, die wir haben, dass wir das alles für diesen Bereich und nicht für Debatten, wie wir etwas reglementieren, was nicht aufzuhalten ist, einsetzen.

Da würden wir uns – im betriebswirtschaftlichen Bereich heißt das Management Attention, also Unternehmensleitungsaufmerksamkeit, in dem Fall politische Aufmerksamkeit – mit den falschen Dingen beschäftigen. Wir müssen diesen Menschen, die möglicherweise schneller, als es uns lieb ist, davon betroffen sind, möglichst schnell neue Potenziale eröffnen (*Bundesrat Dörfler: Welche?*), dass sie einen Job haben, von dem sie leben können. (*Bundesrat Schennach: Dann gehen wir gemeinsam zu BILLA, zu MERKUR oder zu Hofer und reden mit den Damen an den Kassen, welche Perspektiven ...!*) – Das ist mir vollkommen bewusst, aber Sie werden nicht durch eine Vorschrift: Es müssen so viele Kassen durch Menschen besetzt werden!, den technologischen Wandel aufhalten.

Ich verstehe die Problematik, ich teile sie sogar. Und ich könnte Ihnen jetzt aus unterschiedlichen Industrien, inklusive vor allem der Automobil- und Zulieferindustrie, viel dramatischere Beispiele von Menschen bringen, die besser qualifiziert sind, die auch bedroht sind. Umso mehr ist es unsere Aufgabe, mit der Union gemeinsam – weil das ein Problem ist, das Gesamteuropa betrifft – die Programme zu entwickeln und dort festzuhalten, wo man Menschen neue Beschäftigung in neuen Sektoren schafft – je schneller, je intensiver, desto besser.

Und da freue ich mich auf eine intensive Zusammenarbeit, mit wem auch immer – wir wissen nicht, wer der neue Bundeskanzler wird – und mit einem möglicherweise teilerneuten Team. Das wissen wir noch nicht. Wir glauben, dass wir da gemeinsam an einem Strang in die richtige Richtung ziehen müssen, weil es ein zentrales Thema für die Menschen in diesem Land in Zukunft sein wird, Jobs zu erhalten, wo sie haltbar sind, aber dort neu zu schaffen, wo neue geschaffen werden müssen, damit es kein Arbeitslosigkeitsproblem gibt. Ich glaube, da sind wir uns in diesem Saal und im Saal des Nationalrats einig: Beschäftigung ist ein zentrales Thema für die Menschen in diesem Land. – Vielen Dank. (*Beifall bei ÖVP und Grünen.*)

12.52

**Vizepräsident Mag. Ernst Gödl:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wünscht noch jemand das Wort? – Bitte, Herr Bundesrat ... (*Allgemeine Heiterkeit.*) – Rösch. (*Bundesrat **Rösch** – auf dem Weg zum Rednerpult –: Das zeigt nur, dass ich bis jetzt noch nicht unangenehm aufgefallen bin!*)